



Der Raub der Heimat

Afghanistan, Syrien, Sudan, Libyen: Vier von weltweit vielen Krisenherden, die jeden Tag Menschen in die Flucht treiben. Allein 2016 sind über zehn Millionen Menschen vor Gewalt geflüchtet – Ziel unbekannt. Perspektiven ungewiss. Und so bleibt der heutige Weltflüchtlingstag mehr denn je notwendig, um dieses tragische Phänomen zu thematisieren.

FOTOS: REUTERS/AFP

VON JAN DIRK HERBERMANN (GENF)

Das Mädchen Issa musste vor den Terrormilizen der Boko Haram aus Nigeria fliehen. Von ihrer Familie getrennt, schlug sich Issa nach Kamerun durch. Die achtjährige kehrte alleine nach Nigeria zurück und lebt seitdem in einem Lager für Vertriebene, wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR schreibt.

Das Mädchen Issa teilt ihr Flüchtlings-Schicksal mit Dutzenden Millionen von anderen Menschen auf der Welt. Krieg, Gewalt und Unterdrückung zwangen sie, ihre Heimat zu verlassen. Nun hat die globale Vertriebenenkrisen einen neuen tragischen Höhepunkt erreicht. Ende 2016 waren 65,6 Millionen Männer, Frauen und Kinder auf der Flucht, es waren 300 000 mehr als Ende 2015, teilte das UNHCR am Montag in Genf mit. Niemand zuvor waren laut dem Hilfswerk so viele Menschen enturzelt.

„Gemeinsame Verantwortung der Weltgemeinschaft“

UN-Generalsekretär António Guterres appelliert an Regierungen und Völker, den Opfern weiter zu helfen. Der Schutz der Flüchtlinge sei eine „gemeinsame Verantwortung der Weltgemeinschaft“, betont Guterres, der bis Ende 2015 als Hochkommissar das Hilfswerk UNHCR leitete. Der amtierende UN-Hoch-

kommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, forderte die Weltgemeinschaft dazu auf, sich stärker für die Vermeidung möglicher neuer Kriege und die Lösung bestehender Konflikte stark zu machen.

„Menschheit lebt in einer Welt im Konflikt“

Nötig wäre das dringender denn je. Verheerende Kriege wie die 2011 ausgebrochenen bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien finden kein Ende und fast jedes Jahr kommen neue blutige Krisen hinzu, wie etwa in Burundi. Insgesamt hat sich die Zahl der Menschen auf der Flucht innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt. Im Jahr 2007 waren noch knapp 34 Millionen Männer, Frauen und Kinder betroffen. Die Menschheit, so stellt Hochkommissar Grandi resigniert fest, lebt in einer „Welt im Konflikt“.

Allein im vergangenen Jahr trieb die Gewalt mehr als zehn Millionen Menschen neu in die Flucht. Gleichzeitig kehrten zwölf Millionen geflohene Menschen in ihre Heimat zurück. Nach wie vor nimmt Syrien in der Statistik des Schreckens den traurigen Spitzenplatz ein, insgesamt flohen zwölf Millionen Menschen vor Unterdrückung, Gemetzel und Terror. Syrien ist somit das Land, aus dem weltweit die meisten Menschen auf der Flucht stammen. Ein weiterer Brennpunkt der globa-

len Flüchtlingskrise findet sich in Afghanistan. Gefechte und Extremismus in dem Land am Hindukusch haben 4,7 Millionen Afghanen ihrer Heimat beraubt.

Auch im Irak gehören Terror, Kämpfe und Flucht zum Alltag. Rund 4,2 Millionen Iraker sind vertrieben. Vor dem Bürgerkrieg im Südsudan brachten sich dem UNHCR zufolge 3,3 Millionen Menschen in Sicherheit. Der Konflikt im Südsudan hat die am schnellsten eskalierende Flüchtlingskrise heraufbeschworen: Aus keinem anderen Land fliehen derzeit mehr Menschen.

Die Türkei beherbergte Ende 2016 rund 2,9 Millionen Flüchtlinge und ist somit das größte Gastland für Vertriebene. Pakistan folgte auf Platz zwei mit 1,4 Millionen Flüchtlingen innerhalb seiner Grenzen. Im Libanon hielten sich Ende 2016 gut eine Million Flüchtlinge auf.

Nicht alle Menschen auf der Flucht gelten als Flüchtlinge im völkerrechtlichen Sinne. Flüchtlinge müssen wegen Gewalt und Verfolgung ihr Heimatland verlassen oder können nicht dorthin zurückkehren. Ende 2016 waren 22,5 Millionen Menschen von diesem Schicksal betroffen; zudem zählt das Hilfswerk 2,8 Millionen Asylbewerber. Und 40,3 Millionen Männer, Frauen und Kinder irrten Ende 2016 als Binnenflüchtlinge innerhalb ihres Heimatlandes umher.

Zeitalter der Gewalt

VON JAN DIRK HERBERMANN

Die Menschheit lebt in einem Zeitalter der Gewalt. Konflikte und Terrorismus fressen sich in viele Teile der Welt hinein. Die Zahl der gescheiterten und zerfallenen Staaten steigt. Die Zahl der Menschen auf der Flucht vergrößert sich, Jahr für Jahr. Und Jahr für Jahr zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni appellieren die Vereinten Nationen an die Vernunft der Regierenden. Sie sollten sich stärker für Frieden einsetzen. Kluge Politik und präventive Diplomatie könnten Kriege im Keim ersticken und somit eine weitere Eskalation der globalen Flüchtlingskrise verhindern, erklären die Vereinten Nationen. Nur: Jahr für Jahr verhalten die Aufrufe. Dutzende Kriege toben weiter, die meisten davon in Europas Nachbarkontinenten Afrika und Asien. Vor dem schlimmsten aller Gemetzeln, dem in Syrien, flüchteten schon rund zwölf Millionen Menschen. Das ist mehr als die Hälfte aller Einwohner des Landes. In dem Zeitalter der globalen Gewalt sind die Konflikte Afrikas und Asiens aber auch die Konflikte Europas.

Zerfallene Staaten bedrohen die Sicherheit ganzer Regionen, sie können globale Krisen verschärfen. Diese Staaten sind auch nicht in der Lage, sich für die großen Gefahren wie den Klimawandel zu wappnen. Für viele Menschen in diesen geografischen Gebilden bleibt nur die Flucht, etliche von ihnen wollen nach Europa kommen. Europas Politiker sollten schon im eigenen Interesse stärker helfen, die Ursachen der Konflikte in anderen Erdteilen zu bekämpfen. Diese Strategie liegt natürlich auch im Interesse der Millionen unschuldigen Opfer. Wegschauen ist keine intelligente Alternative.



Wenn die Hoffnung auf ein besseres Leben zur (Todes)falle wird

In dem Buch „Escaping the Escape“ analysiert Zakariya El Zaidy den Fall Libyen

VON FRANÇOISE HANFF

Seit dem Sturz von Langzeitmacht-haber Muammar al-Gaddafi 2011 herrscht Bürgerkriegschaos in Libyen. Drei Regierungen reklamieren die Macht in dem nordafrikanischen Wüstenstaat für sich, ihr Einfluss ist jedoch lokal begrenzt.

Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration sollen sich zwischen 700 000 und einer Million Flüchtlinge, überwiegend aus Syrien, Ägypten, Niger, Sudan und Mali, in Libyen aufhalten. Menschenrechtsorganisationen beklagen Vergewaltigungen, Folter, Sklaverei und unhygienische Zustände in zahlreichen Internierungslagern.

Seit 2014 haben rund 300 000 Menschen das Mittelmeer in Richtung Europa überquert. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind mehr als 60 000 Flüchtlinge über Libyen nach Europa gekommen – 26 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Etwa 1700 Menschen kamen von Januar bis Mai auf der Flucht ums Leben.

Keine Aktion, sondern eine Reaktion

In dem Buch „Escaping the Escape – Toward Solutions for the Humanitarian Migration Crisis“ der Bertelsmann Stiftung geht Zakariya El Zaidy in seiner Analyse „Irregular Migration in Libya: Analysis, Facts and Recommendations“ auf die Herausforderungen in Libyen ein. El Zaidy ist „Protection team leader“ beim „Danish Refugee Council“ und hat als Mitbegründer der „Mighty Wings Organization“ jahrelange Erfahrung im Kampf gegen den Menschenhandel gesammelt.

So lange die Kräfte unverändert bleiben, die die Migranten dazu zwingen, ihre Heimatländer zu verlassen, werden weder politische Rhetorik noch widersprüchliche, oft drakonische Maßnahmen die Migrationsflüsse beenden, schreibt El Zaidy eingangs seiner Analyse. Um diese Realität zu verstehen, müssen Entscheidungsträger damit aufhören, irreguläre Migration als eine unabhängige Aktion zu betrachten. Sie muss eher als eine Reaktion, als Nebeneffekt eines anderen Problems gesehen werden.

Zunehmend ein Transitland

Laut jahrzehntelangen Analysen sind es zwei Faktoren, die Menschen in Bewegung setzen: Schubfaktoren und Pull-Faktoren. Diese beiden Faktoren umfassen eine Reihe spezifischer Elemente. So gehören zu Schubfaktoren beispielsweise Armut, Krieg, Unsicherheit, Klimawandel und Angst, z. B. vor Unterdrückung in einer Diktatur. Dahingegen gelten u. a. Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit und Respekt von Menschenrechten als die mächtigsten Pull-Faktoren.

Dank der Prävalenz von Pull-Faktoren galt Libyen jahrelang vor allem als Zielland, so El Zaidy weiter. Da jedoch die Schubfaktoren sich im vergangenen Jahrzehnt –



Die Zahl der Migranten im vom Bürgerkrieg zerrissenen Libyen wird auf 700 000 bis eine Million geschätzt. (FOTO: AFP)

Libysche Bürger fragen: Warum erhalten ausländische Migranten Hilfe, während Libyer auch bedürftig sind und an erster Stelle kommen sollten?

vornehmlich während der vergangenen sechs Jahre – multipliziert haben, ist Libyen zunehmend zu einem Transitland für Migranten nach Europa geworden.

In Libyen droht fast alle irregulären Einwanderern Haft, außer Flüchtlingen, die als solche bei der UNHCR registriert sind. Diese Ausnahme ist nicht universell, da Flüchtlinge gelegentlich auch für einige Zeit festgenommen werden, räumt der Autor ein. Inhaftierte Migranten sind den Risiken des Missbrauchs, der unbefristeten Haft, der Rückführung, der Zwangsarbeit, der unbezahlten Arbeit und/oder des Menschenhandels ausgesetzt. Um die schlechte Behandlung von Migranten zu mindern, sollten libysche Entscheidungsträger Strategien entwickeln, die auf regionaler Zusammenarbeit fußen und sich auf die Grundursachen und nachhaltige Lösungen konzentrieren, schlägt El Zaidy vor.

Die internen Probleme Libyens tragen dazu bei, dass das Migrationsproblem nicht oben auf der Prioritätenliste der politischen Entscheidungsträger steht. Die durchlässigen Grenzen werden auch von denen am Konflikt beteiligten Parteien genutzt, um Waren und Waffen ins Land zu schmuggeln. Aus diesem Grund führt Rhetorik über Grenzschutz selten wenn überhaupt zu konkreten Maßnahmen, stellt der Experte klar.

Dies bietet Menschenrechtswachern die Gelegenheit, die zunehmende Nachfrage nach Auswanderung nach Europa zu bedienen. Die-

se Nachfrage wird zu einem großen Teil auch durch den Konflikt befeuert. Somit entsteht eine Rückkopplungsschleife, die von jeder der vom Chaos profitierenden Parteien weitergeführt wird. Korruption und die Anwesenheit des sogenannten Islamischen Staats (IS) stellen weitere Hürden für die Entwicklung einer effizienten Strategie dar.

Nein zu Seewegeblockade

Der Autor sieht die Schaffung einer Seewegeblockade durch die Europäische Union als ungesunde Strategie an – und eine, die letztlich in eine politische Sackgasse führen wird. Um der Nachfrage gerecht zu werden, würden Schlepper neue Routen etablieren. Außerdem würden die Rückführungen, der Missbrauch und die schlechte Behandlung von Einwanderern zunehmen. Während sich die Bürde auf die EU möglicherweise verringern würde, würde sich die Lage für Libyen verschlechtern und das Leid für die Migranten zunehmen.

Der Einsatz humanitärer NGOs im Mittelmeer wird von den Menschenschleusern als Motivation betrachtet, mehr Boote loszuschicken und somit einen weiteren Pull-Faktor zu schaffen, hebt der Experte hervor. Migranten sind stärker gewillt, eine Überfahrt zu riskieren, wenn sie wissen, dass diese NGOs sie retten werden. Um eine erfolgreiche Strategie zu entwickeln, muss diese unbedingt die Versammlung miteinander verflochtener grundlegender Probleme ansprechen, die Libyen gleichzeitig in einen Schubfaktor und ein Transitland verwandelt haben.

Neid führt zu Feindseligkeiten

In seinem Beitrag weist El Zaidy auch auf das Risiko hin, dass die Unterstützung für Flüchtlinge und Asylbewerber durch die UNO und internationale NGOs Feindseligkeiten in der lokalen Gastbevölkerung auslösen kann. Libysche Bürger fragen: Warum erhalten ausländische Migranten Hilfe, während Libyer auch bedürftig sind und an erster Stelle kommen sollten? Dieses Phänomen ist eine ernste Herausforderung nach Europa zu bedienen. Die-

seine Schlussfolgerungen fordert der Experte die libyschen Entscheidungsträger auf, effiziente politische Maßnahmen zu treffen, die zum internationalen Recht konform und gleichzeitig vereinbar mit den libyschen Realitäten sind. Libyen ist in seinen Augen fähig, eigenständige Lösungen zu formulieren und sie umzusetzen mit lediglich wenig Unterstützung von anderen Staaten. Dies ist insbesondere wichtig, weil fremde Hilfe, unter Berücksichtigung von Libyens Geschichte, oft als eine Form indirekter Kolonisierung betrachtet wird.

muss, um ein stabiles Umfeld zu schaffen. Der Autor schlägt eine Parallelaktion zur Unterstützung armer Libyer vor, die sehr nützlich und vielleicht sogar notwendig für einen erfolgreichen Migranten-Hilfeinsatz wäre.

Gefahr des politischen Missbrauchs

Eine entscheidende Hürde ist laut dem Experten die Gefahr, dass Politiker das Migrationsproblem zu ihren eigenen politischen Zwecken instrumentalisieren könnten – und dies zu entsetzlich hohen menschlichen Kosten. Kurzfristige politisierte Antworten auf komplexe Situationen in puncto irreguläre Einwanderung müssen deshalb identifiziert und so weit wie möglich vermieden werden. Migranten sollten als Menschen und menschliche Ressourcen betrachtet werden, die eine Chance anstatt eine Bedrohung für das Land darstellen.

Der Bedarf an billigen Arbeitskräften ist ein wesentlicher Pull-Faktor für Migranten, die nach Libyen kommen. Heute sind die meisten Jobs, die von irregulären Einwanderern ausgeübt werden können, Arbeiterjobs, vor allem in der Baubranche. Arbeitsmigranten werden von den Gastgesellschaften benötigt, um ihre Wirtschaft zu unterstützen. Allerdings könnte diese gegenseitig vorteilhafte Gleichung leicht komplizierter werden, wenn das Rassismusproblem nicht gelöst wird, schreibt El Zaidy. Ein System, das die Rechte der Arbeitsmigranten garantiert, ist somit nötiger denn je.

Arabische Migranten bevorzugt

Der Autor hat selbst festgestellt, dass viele Flüchtlinge – vor allem Syrer – von dem libyschen Volk willkommen geheißen werden. Dasselbe gilt für Iraker und Sudanesen. Im Allgemeinen werden arabische Migranten und Flüchtlinge bevorzugt, weil sie Arabisch sprechen und meist Muslime sind. Dies gilt nicht für jene anderer Nationalitäten, besonders Flüchtlinge aus Ländern südlich der Sahara.

Zudem sind sich viele Flüchtlinge, die nach Libyen kommen, nicht bewusst, dass das Land die UN-Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben hat. Wenn eine Politik zur Steuerung der Migration nachhaltig sein soll, muss die Öffentlichkeit mehr Informationen erhalten, betont der Autor. Die Medien können dabei eine wesentliche Rolle spielen.

In seinen Schlussfolgerungen fordert der Experte die libyschen Entscheidungsträger auf, effiziente politische Maßnahmen zu treffen, die zum internationalen Recht konform und gleichzeitig vereinbar mit den libyschen Realitäten sind. Libyen ist in seinen Augen fähig, eigenständige Lösungen zu formulieren und sie umzusetzen mit lediglich wenig Unterstützung von anderen Staaten. Dies ist insbesondere wichtig, weil fremde Hilfe, unter Berücksichtigung von Libyens Geschichte, oft als eine Form indirekter Kolonisierung betrachtet wird.